

Nach Johannesburg: Für ein Staatenbündnis zur Bekämpfung des Weltkriegs gegen die Natur

Hermann Scheer

Die „Rio plus 10“-Konferenz in Johannesburg markierte das Scheitern des globalen Politikansatzes, die ökologische Weltkrise und die Entwicklungskrise der Dritten Welt mit dem Mittel einer Weltkonferenz aller Regierungen überwinden zu können. Was von den meisten progressiven Kräften in der Szene der Entwicklungszusammenarbeit und der Ökologie als Handlungsebene gefordert und sogar gefeiert wurde, damit eine „Global Governance“ zur Lösung der Gefahren in der „Einen Welt“ zu entwickeln, erweist sich mittlerweile als Wunschdenken - eines, das allen Erkenntnissen der politischen Soziologie und Realanalyse widerspricht.

„Global reden – lokal handeln“, so lautete das Motto der Ökologiebewegung in den 80er Jahren. Doch was geschah auf der nationalen und internationalen Handlungsebene? Als die Serie der Weltkonferenzen eingeleitet wurde und damit das globale Handeln in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückte, wurde den Regierungen der Staatenwelt eine wohlfeile Ausrede beschert, die internationale Verhandlungsebene als dauernde Ausrede zu missbrauchen: eigene Initiativen so lange zu unterlassen, bis ein globaler Beschluss zustandekommt, der der „Prämisse“ alle oder keiner folgt. Die vordergründig einleuchtende Entschuldigung lautete: die Umweltzerstörung ist ein globales Problem, weil die Folgen vor keiner nationalen Grenze halt machen – also müsse sie in erster Linie auf der globalen Ebene überwunden werden. Es nütze nicht viel, wenn man selbst tätig werde, aber die anderen

nicht. Und wenn man nur allein tätig werde, führe das zu wirtschaftlichen Sonderlasten, die Wettbewerbsnachteile gegenüber denen bedeuten, die weiter kostenlos die Umwelt als Müllhalde mißbrauchen.

Dieser Politikansatz führte zu der UN-Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand und die „Agenda 21“ verabschiedete. Zehn Jahre später, nach der UN-Weltkonferenz über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, müssen wir feststellen: ein Jahrzehnt ist praktisch weitgehend verspielt worden, obwohl wir uns im Wettlauf mit der Zeit befinden. Es geht so nicht weiter. Dieser Ansatz der „global governance“ hatte, bei näherem Hinsehen, nie eine reale Chance –und kann sie auch in Zukunft nicht haben. Andere Initiativen sind gefragt, bevor die Zukunft gänzlich verspielt ist. Es ist notwendig, die Gründe dafür zu erkennen.

GLOBAL REDEN – NATIONAL AUFSCHIEBEN: UN-WELTKONFERENZEN ALS VERSCHIEBEBAHNHOF

Anfang 1981 wurde der von US-Präsident Carter in Auftrag gegebene „Global 2000“-Report veröffentlicht - zu einem Zeitpunkt, als dieser schon von Ronald Reagan abgelöst war. Letzterer konnte den Bericht jedoch nicht mehr stoppen, was er sicher am liebsten getan hätte. Reagens Rolle in der Geschichte ist die des mutwilligen Zerstörers der amerikanischen Umweltpolitik, wovon

sich die USA – und mit diesen die Welt – seitdem nicht erholt hat. Auch in den Zeiten der Clinton/Gore-Regierung von 1993-2001 konnten die USA nie wieder an die Carter-Ära und deren damals allen Regierungen der Industriestaaten vorangehenden ökologischen Ambitionen und Programmen anknüpfen. Carters 1978 verabschiedetes Programm sah vor, dass bereits bis zum Jahr 2000 in einem ersten großen Schritt 20 Prozent des amerikanischen Energieverbrauchs durch Erneuerbare Energien gedeckt werden sollten. Nicht zufällig war es die amerikanische Energiewirtschaft, die den Wahlkampf Reagens finanzierte, der seine „Bringschuld“ unverzüglich einlöste und das Carter'sche Energieprogramm zertrümmerte.

Immerhin: der Global 2000-Report wurde zur Weltschrift und leistete einen großen Beitrag zur Begründung ökologischer Bewegungen in vielen Ländern. Er erschien nahezu zeitgleich mit dem Bericht der Nord-Süd-Kommission, die im Auftrag der UN und unter Vorsitz von Willy Brandt einen neuen Anlauf weltweiter Entwicklungszusammenarbeit zu stimulieren versuchte, unter Berücksichtigung des elementaren Zusammenhangs von ökologischer Vorsorge und wirtschaftlicher Entwicklung. Von beiden Berichten ermutigt, veranstaltete die UN 1981 in Nairobi die erste Weltkonferenz über Erneuerbare Energien. Doch diese endete ergebnislos, weil die etablierte Energieexpertenwelt die Möglichkeit, mit Erneuerbaren Energien die Energiebedürfnisse auf umweltschonende Weite zu befriedigen, schlicht verleugnete oder sogar denunzierte, und weil

sich die Industriestaaten entsprechenden Initiativen verweigerten. Und das zu einem Zeitpunkt, in dem durch die 1973 ausgebrochene Ölkrise schon offensichtlich war, wie sehr vor allem die Entwicklungsländer in der fossilen Energiefalle waren: wegen der seit 1973 drastisch gestiegenen Ölpreise war ihre Verschuldung von etwa 200 Mrd. Dollar auf 1,2 Billionen Dollar angestiegen! Trotzdem lautete das Verdikt gegen Erneuerbare Energien, das vielen bis heute in den Köpfen steckt: sie seien zu teuer und der Wechsel zu diesen deshalb eine untragbare ökonomische Last.

Doch gab es neben dem beschriebenen Bruch zwischen der Carter- und Reagan-Regierung drei weitere Gründe, die einer gezielten Orientierung auf Erneuerbare Energien im Wege standen:

- Ungefähr zeitgleich mit dem Erwachen des Umweltbewusstseins und dem Aufkommen des ökologischen Bedrohungswissens entfaltete sich in der westlichen Welt die neoliberale Ideologie, die die ökonomische Entwicklung allein den „Marktkräften“ überantworten will – und damit demjenigen wirtschaftlichen Treiben, das die globale Umweltkrise herbeigeführt hat. Als Beleg, dass dies der richtige Weg sei, galt die offenkundig noch größere Umweltzerstörung in den untergehenden Planwirtschaften des politischen Ostens. Dabei wurde übersehen, dass dennoch der wirtschaftliche Westen die höchsten Energieverbräuche und die meisten Emissionen produzierte, weil er wesentlich wachstums- und konsumorientierter funktionierte. Übersehen wurde auch, dass es nicht in erster Linie das jeweilige wirtschaftliche System war, das mehr oder weniger Umweltvorsorge hervorgebracht hatte: Umweltvorsorge hat seit den 70er Jahren deshalb in den westlichen Ländern etwas mehr Fuß fassen können, weil es in diesen die Möglichkeit zur freien demokratischen Artikulation über Umweltgefahren und über Alternativen gab.

- Das Vorurteil lag von vornherein allen Umweltvorsorgen und den Entwicklungsbemühungen zugrunde, dass diese

eine zusätzliche wirtschaftliche Last darstellen würden. Damit wurden und werden „nachhaltig“ aktuelle ökonomische gegen grundlegende ökonomische Existenzängste ausgespielt. Die vielen intellektuellen Bemühungen für eine „Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie“ haben deshalb nur bedingt überzeugt, weil sie meistens immer noch davon ausgehen, dass es sich bei „Ökonomie“ wie „Ökologie“ um zwei unterschiedliche Sachverhalte handele, die irgendwie fortan zu harmonisieren seien. Tatsächlich handelt es sich aber um zwei Seiten derselben Medaille, solange die Produktionsweisen, Produkte und Dienstleistungen auf schadstoffhaltige Ressourcen gründen. Die Dimension, dass Umweltschutz in erster Linie bedeuten muss, von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen zu wechseln (statt nur die schadstoffhaltigen Ressourcen effektiver zu nutzen und/oder Verzicht zu üben), ist weder Wirtschafts- noch Umweltexperten ausreichend bewusst. Deshalb ist ihnen auch nicht klar, dass es in Wahrheit um den Gegensatz zwischen unökologischer oder ökologischer Ökonomie geht, und dass letztere einen radikalen Ressourcenwechsel und damit einen grundlegenden wirtschaftlichen Strukturwandel erfordert.

- Der vordergründig einleuchtende Ansatz, eine ökologische „globale governance“ im Rahmen des UN-Systems zu entwickeln, bedeutet prinzipiell, sich von einem globalen Konsens abhängig zu machen. Doch dieser Versuch trifft auf eine Situation extremer Interessensunterschiede und Problemwahrnehmungen unter den Regierungen der Welt – und jede einigermaßen einflussreiche hat aufgrund des im UN-System vorherrschenden Konsensprinzips die Möglichkeit, verbindliche Beschlüsse zu verhindern. Mehr noch: die Möglichkeiten mächtiger internationaler Interessengruppen – seien es die OPEC-Staaten oder die große atomar/fossilen und weltweit gravierenden Energiekonzerne – zur Einflussnahme werden größer statt kleiner – und sind noch weniger transparent als auf der nationalen Ent-

scheidungsebene! Die „Gruppe der 77“ (also die Länder, die sich noch zu Zeiten des Ost-West-Konflikts als „non-aligned-countries“ zusammenfanden) stehen auf der UN-Ebene quasi unter der Fraktionsführerschaft der OPEC-Länder, wenn immer es um Klima- und Umweltschutz geht – selbst wenn es ihren eigenen Interessen widerspricht. Es ist nicht bekannt, wie viele Delegationen von den OPEC-Ländern oder von Erdölkonzernen ihre Reisekosten zu den diesbezüglichen UN-Konferenzen bezahlt bekommen oder direkt korrumpiert sind. Man muss aber annehmen, dass das bei nicht wenigen der Fall ist.

So war es von Anfang an ein auswegloses Unterfangen, die Hoffnungen und Erwartungen auf die Handlungsebene zu projizieren, die strukturell die langatmigste und am meisten von konventionellen Interessen beeinflussbare ist. Diese Hoffnungen und Erwartungen wurden umso mehr gesteigert, je größer die Weltkonferenzen wurden: 40.000 Teilnehmer in Rio, 60.000 in Johannesburg! Umso größer mussten die Enttäuschungen werden, denn nichts eignet sich zum Verwässern und Aufschieben besser als UN-Konferenzen: die von Rio oder Johannesburg, oder die Welt-Klimakonferenzen, Welt-Ernährungskonferenzen, Welt-Entwicklungskonferenzen, Welt-Sozialkonferenzen, Welt-Bevölkerungskonferenzen. Kein Wunder, dass Beschlüsse unverbindlich bleiben oder auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gestutzt werden – und der einzige jeweils konkrete Beschluss der über die Durchführung einer Folgekonferenz wurde!

So geschah es denn auch: dem UN-Umweltreport von 1982 folgte zunächst die Einrichtung einer neuen UN-Kommission über nachhaltige Entwicklung unter dem Vorsitz der norwegischen Ministerpräsidentin Brundtland, die 1987 ihren Bericht „Our Common Future“ vorlegte. Doch das politische Handeln wurde weiter vertagt: 1990 auf die „Our-Common Future“-Konferenz 1990 der UN in Bergen. Dort wurde Konkretes wieder vertagt – hin auf den versprochenen Weltentwurf in Rio de

Janeiro. Dort kam es immerhin zur „Agenda 21“. Doch den USA im Verein mit den OPEC-Ländern gelang es, ausrechnet die alles überragende Energiefrage aus diesem Dokument auszuklammern. Einen konkreten Fortschritt gab es allerdings die Konvention zum Schluss der Bio-Diversität - und dass die Welt-Umweltgefahr offiziell anerkannt wurde. Dass es zum Biodiversitätsabkommen gekommen war, erklärt sich daraus, dass sich die wirtschaftlichen Großinteressen im Bereich der Bio-Technologie noch nicht formiert hatten.

Doch was geschah – neben den vielen genannten Konferenzen – nach Rio? Die neoliberale Ideologie setzte zu ihrem globalen Triumphzug an und wurde weltweit mit dem 1994 unterzeichneten Welthandelsvertrag (WTO) kodifiziert. Kein Wort darüber, dass dieser die Realisierung der „Agenda 21“-Ziele konterkariert und diese zu nachrangigen gegenüber der Welthandelsfreiheit macht. Der durch die WTO erleichterte globale fossile Ressourcenhandel und –verbrauch erhielt Vorrang vor globalem Umweltschutz! Umso mehr erschien fortan nationaler Umweltschutz als wirtschaftliches Hemmnis im globalen Wettbewerb! Die „Agenda 21“ wurde zur faktischen Makulatur – und die Weltklima-Konferenzen feilschten fast ein Jahrzehnt lang um die „Lastenverteilung“ beim Klimaschutz, mit einem völlig unzureichenden Kyoto-Protokoll.

STATT KONSENS: EIGEN-INITIATIVEN UND POLITISCHE ALLIANZEN ZUR BEENDIGUNG DES WELTKRIEGS GEGEN DIE NATUR

Noch bis fünf Monate vor Johannesburg war es den weitverzweigt operierenden politischen Handlangern der konventionellen Energiewirtschaft erneut gelungen, die globale Energiefrage auszuklammern – obwohl es die Spatzen von den Dächern der Weltzivilisation pfeifen, dass das zentrale Entwicklungsproblem der Dritten Welt die mangelnde eigene Verfügbarkeit über Energie ist

und dass dieser Bedarf aus ökologischen wie wirtschaftlichen Gründen (besonders die hohe volkswirtschaftliche Belastung der allermeisten Dritten Welt durch Energieimporte) weder durch fossile Energie noch durch Atomenergie gedeckt werden kann. Erst als klar wurde, dass dieses weitere Ausklammern untragbar ist, wurde vor allem auf Druck des UN-Generalsekretärs die Energiefrage thematisiert. Die Erneuerbaren Energien wurden zum zentralen Streitthema in Johannesburg. Verbindliche Beschlüsse kamen nicht zustande – aus den zuvor genannten Gründen. Und selbst wenn sie gefasst worden wären, hätten ihnen wohl das gleiche jämmerliche Schicksal bevorgestanden wie der seit 1970 (!) auf der UN-Generalversammlung beschlossenen Forderung, dass jeder Industriestaat 0,7 Prozent seines Bruttosozialprodukts für Entwicklungspolitik bereitstellen solle!

Die Lernerfahrung von Rio bis Johannesburg ist: Global denken – lokal, national und in Allianzen handeln! Nationale Eigeninitiativen zur Mobilisierung Erneuerbarer Energien sind überfällig – so wie es in Deutschland seit 1999 praktiziert wurde. Nicht zufällig rückte das in Johannesburg in die Vorbildrolle. Es geht um neue Technologien für umweltfreundliche Ressourcen in neuen Strukturen. Bei jeder anderen Technologie heißt es: schneller sein als andere, weil dies sogar der künftigen Wettbewerbsfähigkeit nützt. Der dafür erforderliche Mentalitätssprung ist: die damit verbundenen Chancen ergreifen statt nur über die (vorübergehende) Last zur Umstrukturierung zu reden und sich davon lähmen zu lassen. Das deutsche Erneuerbare Energien Gesetz wird Nachahmer finden, eine Dynamik entfesseln und mehr bewirken als alles, was auf einer UN-Weltkonferenz beschlossen werden könnte.

Im internationalen Handeln ist es deshalb notwendig, auf konkrete Allianzen statt auf globalen Konsens zu setzen. Wenn man Militärbündnisse für die Verhinderung oder das Führen von Kriegen schließen kann, muss man auch

Bündnisse für die Beendigung des Weltkrieges gegen die Natur und zur Mobilisierung Erneuerbarer Energien schließen können. Um eine Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) zu etablieren, getragen und finanziert von Regierungen, braucht man keinen einhelligen Beschluss einer Weltkonferenz. Man kann und muss es mit denen tun, die die Notwendigkeit erkennen und gemeinsam die Initiativen dafür ergreifen – und damit einen Zug in Fahrt setzen, auf den immer mehr springen werden. Das ist die Quintessenz von Johannesburg.

Sie wurde auch – endlich – am Schluss der Konferenz gezogen. Erstmals gab es nicht den üblichen Beschluss zu einer Folgekonferenz, um in der Zwischenzeit – in Erwartung späterer Ergebnisse – weiter zu wursteln. Stattdessen wurde genau der Vorschlag übernommen, der auf dem von EUROSOLAR und dem Weltrat für Erneuerbare Energien organisierten Weltforum Erneuerbare Energien im Juni in Berlin unterbreitet wurde (siehe Solarzeitalter 2/2002): dass sich diejenigen Regierungen zusammentun für eine gemeinsame Initiative, die mehr tun wollen als sich auf einen künftigen Weltkongress zu verlassen. 80 Regierungen haben in Johannesburg eine entsprechende Absichtserklärung unterschrieben. Die Gelegenheit, dies konkret zu machen, wird die Internationale Regierungskonferenz über Erneuerbare Energien sein, zu der Bundeskanzler Schröder in seiner Rede in Johannesburg nach Deutschland eingeladen hat. Die ersten Vorbereitungen dieser binnen Jahresfrist und wahrscheinlich in Bonn stattfindenden Konferenz haben bereits begonnen. Der Weltrat für Erneuerbare Energien und EUROSOLAR werden zu dieser Konferenz die Nicht-Regierungsorganisationen mobilisieren und in den zwei Tagen vor dieser Konferenz das nächste Weltforum durchführen, um konkrete Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten. Die internationale Regierungskonferenz ist auch die Gelegenheit, die IRENA aus der Taufe zu heben – die seit 1990 von EUROSOLAR verfochtene und ausgearbeitete Initiative.